



### **Protokoll der 13. Sitzung des Nachbarschaftsbeirats - Fachtagung - vom 28.04.2007**

An der Fachtagung nahmen Staatsminister Dr. Beckstein (zeitweise), Staatsminister Prof. Dr. Faltlhauser und Staatsminister Huber (zeitweise) sowie vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (zeitweise) Staatssekretär Dr. Lütke Daldrup und Ministerialdirektor Scholl sowie von der Stadt München berufsmäßiger Stadtrat Dr. Wieczorek teil. Neben den Mitgliedern des Nachbarschaftsbeirats waren die amtierenden Bundestags- und Landtagsabgeordneten der Landkreise Erding und Freising mit eingeladen, die alle zur Fachtagung erschienen sind.

Nach der Begrüßung durch die Vorsitzende hob Staatsminister Dr. Beckstein zum ersten Tagesordnungspunkt Straßenverkehrserschließung hervor, man sei bei allen vom Nachbarschaftsbeirat in der Resolution geforderten Schwerpunktmaßnahmen auf gutem Wege. Man sei auch bei Maßnahmen bereits in Planung, auch wenn sie teilweise im Bedarfsplan für die Bundesfernstraßen oder im Ausbauplan für die Staatsstraßen nur nachrangig eingestuft seien. So erhoffe man sich bei der nächsten Anpassung des Bedarfsplans bzw. Ausbauplans eine gute Position. Die Planungen würden im Übrigen auch bei den Bundesstraßen vom Freistaat vorfinanziert. Es solle so schnell wie möglich Baurecht erlangt werden. Die jeweilige Finanzierung von Straßenverkehrsmaßnahmen der Kommunen müsse mit den Beteiligten im Einzelnen besprochen werden. Es werde jede Unterstützung soweit wie möglich durch den Freistaat geben. Bei der Höhe der Förderung werde die hohe Bedeutung der Maßnahmen, das große staatliche Interesse an ihnen und die Finanzkraft der jeweiligen Kommunen berücksichtigt.

Die Einzelmaßnahmen wurden von Ministerialrat Schütz in einer Präsentation dargestellt (vgl. Anlage). Sie wurden im Einzelnen im Gremium besprochen, u. a. wurde darauf hingewiesen, dass der breite eingetragene Korridor bezüglich der Nordumfahrung Erding spezifiziert werden müsse.

Hinsichtlich der Schienenverkehrsanbindung verwies Staatsminister Huber darauf, dass der Freistaat nunmehr zur Beschleunigung des Vorhabens die Planungen für Erdinger Ringschluss, Walpertskirchener Spange und die Strecke München Nord - Markt Schwaben in die Wege geleitet habe und dafür die Kosten in Höhe von insgesamt 40 Mio. Euro vorstrecke. Man wolle 2009 in das Planfeststellungsverfahren gehen. Ziel sei Baubeginn 2010. Das Projekt werde von Bund und Land gemeinsam finanziert. Die Unterteilung der Planung in verschiedene Abschnitte habe nur den Sinn der größtmöglichen Beschleunigung des Gesamtvorhabens.

Mit dem Erdinger Ringschluss und der zweiten S-Bahn-Stammstrecke in München würden bereits zwei sehr kostenintensive Projekte für den Großraum München die für Bayern zur Verfügung stehenden Mittel nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz belasten. Staatsminister Huber verwies darauf, dass für die Kosten des Transrapids andere Bundesmittel herangezogen werden könnten, während die als Ersatzprojekt für den Transrapid ins Gespräch gebrachte Express-S-Bahn ebenfalls die GVFG-Mittel belasten würde.

Zum dritten Tagesordnungspunkt „Planungen der 3. Start- und Landebahn“ legte Herr Dr. Kerkloh in einer Präsentation (vgl. Anlage) noch einmal den Bedarf der Kapazitätserweiterung aus Sicht der FMG, die Bahnvarianten, die Gründe für die Vorzugsvariante und Ansatzpunkte für eine Minimierung der Auswirkungen auf das Umland dar. Die anwesenden Vertreter der drei Gesellschafter betonten, dass sie im Hinblick auf die wirtschafts-, verkehrs- und beschäftigungspolitische Bedeutung des Flughafens hinter diesen Planungen stünden. An den differierenden Standpunkten innerhalb des Nachbarschaftsbeirats zur Bedarfsfrage wurde festgehalten. Es wurde u. a. auf die Klimadiskussion und die Frage der Wirtschaftlichkeit einer 3. Startbahn eingegangen. Die Vertreter der Kommunen haben auf die großen Belastungen durch die Vorzugsvariante hingewiesen. Alternative Variantenvorschläge wurden nicht erörtert. Die Vorsitzende des Nachbarschaftsbeirats erläuterte in einer Präsentation die rechtliche Bedeutung von Raumordnungs- und Planfeststellungsverfahren, insbesondere im Blick auf die Prüfung verschiedener Bahnvarianten (vgl. Anlage).

Zum Tagesordnungspunkt „Umlandfonds“ erklärte Staatsminister Prof. Dr. Faltlhauser, ein Umlandfonds werde zur Abmilderung von Belastungen des Umlands eingerichtet, da die Flughafenregion hier Sonderlasten zu tragen habe. Es sei ein fester Betrag von ungefähr 100 Mio. Euro als freiwillige Leistung der FMG über ihre gesetzlichen Verpflichtungen hinaus in Aussicht genommen. Eine Dauerleistung gebunden an die Zahl der Passagiere oder der Umsteiger komme jedoch nicht in Betracht. Die Vertreter der anderen Gesellschafter erklärten, der geplante Umlandfonds werde von ihnen mitgetragen. Staatsminister Prof. Dr. Faltlhauser erklärte weiter, der Umlandfonds sei projektbezogen. Als zu fördernde Projekte käme vorrangig die Mitfinanzierung von Straßenbauprojekten der Kommunen in Betracht. Möglich sei aber etwa auch die Mitfinanzierung von anderen Projekten, etwa ein Kindergarten, wenn insoweit flughafenbedingt ein besonderer Bedarf bestehe. Es müsse nun vom Arbeitsausschuss des Nachbarschaftsbeirats zunächst anhand der Dringlichkeit eine Prioritätenliste entwickelt werden, bevor darüber die Gesellschafter der FMG entscheiden.

Aus dem Kreis der Mitglieder des Nachbarschaftsbeirats wurde vorgebracht, es müssten objektive Kriterien für eine Förderung entwickelt und dabei insbesondere die Lärmbelastung berücksichtigt werden.

Staatsminister Prof. Dr. Faltlhauser betonte, der Umlandfonds werde entgegen ursprünglichen Überlegungen von den Gesellschaftern nicht von einer Zustimmung der Kommunen zum Bau der 3. Startbahn abhängig gemacht. Die Leistungen müssten allerdings schon aus rechtlichen Gründen im Zusammenhang mit dem Bau der 3. Bahn stehen. Die Gesellschafter gingen von dem Bau aus.

Auch würden Leistungen aus dem Fonds nicht auf die sonstigen Förderungsmittel von Straßenbaumaßnahmen angerechnet. Deshalb müsse zunächst jeweils die Höhe der sonstigen Förderung für die einzelnen Maßnahmen feststehen, so dass dann einzelfallbezogen eine Aufstockung aus dem Fonds geklärt werden kann.

Die Gespräche verliefen trotz der grundlegenden Meinungsdivergenzen über die Notwendigkeit eines Ausbaus in einer sehr sachlichen und konstruktiven Atmosphäre.

gez. Edda Huther  
Vorsitzende des Nachbarschaftsbeirats